



SPD-Bezirk Braunschweig

**Informationsveranstaltung der SPD im Bezirk Braunschweig am 07.10.2015, 19.00 Uhr,
im Dr. Heinrich Jasper Saal, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig**

**„Nichts über uns ohne uns – auf dem Weg zu einem modernen Teilhabegesetz“
Politik für Menschen und mit Menschen mit Behinderung**

1. Eröffnung durch Carola Reimann MdB mit Hans-Werner Eisfeld Vors. Selbst Aktiv BS
2. Grußwort durch Karl Finke Bundesvorsitzender Selbst Aktiv zum Bundesteilhabegesetz
3. Referat über den Werdegang und den jetzigen Stand des Teilhabegesetzes durch Kerstin Tack, MdB und sozialpolitische Sprecherin der SPD.

Sie führte aus, dass der Weg dieses Gesetzes ganz anders sei, man habe eine frühzeitige Beteiligung aller beteiligten Institutionen zu dieser Thematik herbeigeführt, bevor das Gesetz in die schriftliche Form gegeben wurde. Somit ist diese Gesetz jetzt schon ein gutes Jahr im Werden begriffen vor der Schriftform des Entwurfes (dieser wird gerade vom Ministerium gefertigt).

Das BTHG ist schon Bestandteil des Koalitionsvertrages und es umfasst einen Handlungsbedarf in vielen Bereichen (siehe Liste Kerstin Tack).

Vielfältig ist auch die Fragestellung, um wen geht es in diesem Gesetz (Liste Kerstin Tack)?
Maxime ist natürlich die UN-Menschenrechtskonvention.

Wesentliches Ziel ist die Forderung: Raus aus der Fürsorge (SGB XII) in die Bereiche des SGB IX. Denn es kann und darf nicht sein, dass man nur aufgrund einer Behinderung in der Sozialhilfe landet. Wesentlich hierbei ist die Einschätzung der Vermögenswerte.

Schnittstellenproblematiken liegen in den derzeitigen Zuordnungen der SGB II, V, VII, XI, XII. Somit in den Bereichen Grundsicherung / Gesundheit / Kinder / Pflege.
Gerade die Kosten für die Pflegeversicherung dürften nach vorsichtiger Schätzung auf eine Erhöhung der Beiträge hinauslaufen.

Positiv, aber noch lange nicht ausreichend, so Kerstin Tack, ist die derzeitige Anzahl der Integrationsbetriebe von ca. 800 für 23.000 Menschen mit Behinderung.

Eine weitere Forderung der SPD ist, dass Werkstattträte gestärkt werden, die Mitbestimmung muss erweitert werden (ab 200 wird gewählt).

Das Behindertengleichstellungsgesetz ist fertig, es geht jetzt in die Hörungen.
Thematik bleibt ein bundesweiter Aktionsplan zu UN MRK.

4. Nach dem Referat erfolgten mehrere Redebeiträge und Fragen aus der Praxis der Arbeit mit Menschen m.B. und durch Personen m.B..

Mehrere Redner/innen sehen Probleme in der Umsetzung des Gesetzes, da Blockaden der Arbeitgeber erwartet werden, insbesondere durch Ausbremsen der Schwerbehindertenvertretungen und deren Rechte.

Es folgten dann noch Fragen zu Pauschbeträgen und anderen einfachen Verbesserungen und Erleichterungen, w.z.B. Parkplätzen.
Kerstin Tack erklärte, dass es Überlegungen zu weiteren Merkmalen im Schw.-Beh.-Ausweis gebe, wie T (taub) und B (blind) usw..

Die Veranstaltung verlief unter reger Anteilnahme, geprägt durch ein engagiertes Referat.
Anwesend waren ca. 50 Personen.

Abschließende Worte durch Carola Reimann und H.-W. Eisfeld
Ergebnisprotokoll: Horst-Joachim Rinke